

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
— Drucksachen 11/5622, 11/6778 —

Gesetz zur Regelung von Fragen der Gentechnik

Der Bundestag wolle beschließen:

Artikel 1 wird wie folgt geändert:

§ 1 wird wie folgt gefaßt:

„§ 1 Zweck des Gesetzes

Zweck dieses Gesetzes ist es, Leben und Gesundheit von Menschen, Tieren, Pflanzen sowie die sonstige Umwelt und Sachgüter vor Gefahren gentechnischer Verfahren und Produkte zu schützen und dem Entstehen solcher Gefahren vorzubeugen.

Militärische Forschung und Nutzung der Gentechnik sind verboten.“

Bonn, den 27. März 1990

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Die Gentechnologie verschafft den Menschen neue Möglichkeiten zur gezielten Beeinflussung der Natur und des Menschen. Mit der Nutzung der Gentechnologie sind Chancen, aber auch Risiken und Gefahren verbunden. Deshalb hat die Enquete-Kommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ schon Anfang 1987 gefordert, zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt allgemein rechtsverbindliche und entsprechende Produktionseinrichtungen gesetzlich festzuschreiben.

Die Ziffer Nr. 2 § 1 des Regierungsentwurfes erweckt dagegen den Anschein, als umfasse der Zweck des Gesetzes auch die Förderung der Erforschung, Entwicklung und Nutzung der wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten der Gentechnik. Dieses steht im Widerspruch zu dem erklärten Ziel, ein Schutzgesetz zu konzipieren. Ziffer 2 ist daher zu streichen.

Durch den neu hinzugefügten Satz 2 soll sichergestellt werden, daß im Geltungsbereich des Gesetzes jegliche Forschung oder Nutzung der Gentechnologie zu militärischen Zwecken verboten ist. Dies schließt ein, daß entsprechende Anlagen von Streitkräften sowohl zu Forschungs- wie auch zu Produktionszwecken grundsätzlich nicht genehmigungsfähig sind.